

## 16. Wahlperiode

Plenar- und Ausschussdienst

## Inhaltsprotokoll

### **Ausschuss für Verwaltungsreform, Kommunikations- und Informationstechnik**

32. Sitzung  
12. März 2009

Beginn: 09.33 Uhr  
Ende: 11.41 Uhr  
Vorsitz: Robert Schaddach (SPD)

#### **Punkt 1 der Tagesordnung**

Aktuelle Viertelstunde

**Peter Treichel** (SPD) fragt nach dem aktuellen Stand zum Projekt Pro OrdOpt, dem Projekt zur Optimierung der Arbeit der Berliner Ordnungsämter. Nach seiner Kenntnis arbeiteten einige Bezirke mit Insellösungen.

**Staatssekretär Ulrich Freise** (SenInnSport) stellt fest, dass es sich dabei um ein sehr komplexes Projekt mit drei unterschiedlichen Teilprojekten handle. Werde mit der Fragestellung auf das Teilprojekt abgestellt, mit dem untersucht worden sei, ob insbesondere für das Beschwerde- oder Veranstaltungsmanagement IT-Lösungen vorgesehen werden könnten, die anders als die derzeit in den Bezirken sehr unterschiedlich existierenden Lösungen in eine einheitlichen Lösung mündeten, so könne er mitteilen, dass derartigen Untersuchungen durchgeführt, die Weiterführung dieses Projektteils allerdings im Hinblick auf die sehr komplexe IT-Lösung im Zusammenhang mit der EU-Dienstleistungsrichtlinie zurückgestellt worden sei. Die EU-Dienstleistungsrichtlinie werde ein landesweit einheitliches System sein.

Der **Ausschuss** schließt die Behandlung der Aktuellen Viertelstunde ab.

#### **Punkt 2 der Tagesordnung**

Antrag der Fraktion der CDU  
Elektronischer Rechtsverkehr und elektronische Aktenführung  
zügig bei allen Berliner Gerichten einführen  
Drs 16/1552

[0100](#)

Keine Wortmeldungen.

Der **Ausschuss** beschließt, die Annahme zu empfehlen.

### **Punkt 3 der Tagesordnung**

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs

[0126](#)

IT-Projektvorschläge im Rahmen des Konjunkturpakets II des SIBB e. V.  
und des Amt24 e. V.

(auf Antrag der Fraktion der Grünen)

**Thomas Birk** (Grüne) verweist auf Vorschläge des SIBB sowie des Amt24 e. V., wie das Geld aus dem Konjunkturpaket II für IT sinnvoll würde ausgegeben werden können. Für den gesamten IT-Bereich seien 30 Millionen Euro vorgesehen. Welche genauen Planungen gebe es? Welche Aussagen würden zu den vorliegenden Vorschlägen getroffen? Interessant sei die Bürgerideenplattform als Web 2.0-Anwendung. Das Ganze sei in einen Vorschlag an das Shelf Service Center Berlin als Katalysator für Netzwerkverwaltung zu sehen. Das Pilotprojekt zum elektronischen Personalausweis sehe er skeptisch. Wichtig sei die Unterstützung des Wissenstransfers in alle Richtungen. Alles könnte in die Projekte Servicestadt Berlin eingebunden werden.

**Staatssekretär Ulrich Freise** (SenInnSport) erklärt, am morgigen Tag werde das Steuerungsgremium tagen, welches im Land Berlin eingesetzt worden sei, um nach den entsprechenden Senatsbeschlussfassungen und entsprechenden Meldungen der Bezirke sowie der Senatsverwaltungen zu der Mittelverteilung Konjunkturpaket II diese Meldungen zu sichten, entsprechende Prioritäten zu setzen und dann eine Entscheidung zu treffen, wie mit den entsprechenden Meldungen im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel umgegangen werde. Es gebe eine Fülle von Ideevorhaben, die als tatsächlich oder vermeintlich geeignet zur Umsetzung im Rahmen des Konjunkturpakets II angemeldet worden seien. Dabei würden die Planungen sehr schnell umgesetzt werden müssen und dann nicht immer in das Paket passen. Bei der Betrachtung der Vorhaben werde deutlich, dass nicht alles schnell umsetzbar wie dargestellt sei. Die Volumina überstiegen den Betrag von 30 Millionen Euro. Dieser Betrag stehe auch nicht nur für IT zur Verfügung. Vielmehr laute die Überschrift: IT und Spezialfahrzeuge. Er selbst habe großes Interesse und darauf hingewirkt zu verdeutlichen, dass für den IT-Bereich durchaus Bedarf gesehen werde. Die Prioritätensetzung im Senat sei allerdings nicht zielorientiert mit Hauptschwerpunkt IT, was diese Summe betreffe. Es werde ein Schwerpunkt in dem Bereich Erneuerung von Spezialfahrzeugen gesetzt, die zum großen Teil außerordentlich umweltschädlich seien. Bei der Betrachtung der Ansätze für Servicestadt Berlin sei der IT-Bereich ein Schwerpunktthema, insbesondere in den Bereichen, in denen es um die Verbesserung der Bürgerdienstleistung und der Leistung für die Wirtschaft gehe. In diesem Bereich werde ohnehin im Rahmen des aktuellen Haushalts investiert. Insofern müsse bei der Verteilung dieser zusätzlichen Mittel abgewogen werden. Er setze sich weiterhin nachdrücklich dafür ein, dass die zwischenzeitlich erarbeitete Liste, welche IT-Maßnahmen im Rahmen des Konjunkturpakets II umgesetzt werden könnten, in einem nennenswerten Volumen Berücksichtigung finde.

**Mieke Senftleben** (FDP) äußert die Befürchtung, dass der IT-Bereich nichts abbekomme. Werde den Projekten des SIBB ablehnend gegenüber gestanden? Könnten einzelne Projekte übernommen werden?

**Wolfgang Brauer** (Linksfraktion) merkt an, er habe Verständnis, wenn die Frage der Frau Abg. Senftleben nicht beantwortet werde. Als ehemaliger Vorsitzender des UA KIT habe er feststellen müssen, dass viele Vertreter der IT-Branche an den Sitzungen teilgenommen hätten, um festzustellen, was besprochen würde und bestimmte Projekte zu begleiten. Er würde nicht so weit gehen, einen Vorschlagskatalog einer Lobbyvereinigung zum Gegenstand der Diskussion eines Parlamentsausschusses zu machen. Anders sähe die Situation aus, wenn in bestimmten Bereichen Handlungsbedarf gesehen und der Senat beauftragt werde, tätig zu werden.

**Mieke Senftleben** (FDP) macht darauf aufmerksam, dass es sich zum größten Teil bewusst um öffentliche Sitzungen handle. Wenn es einen Katalog einer anerkannten Gruppierung gebe, die Vorschläge unterbreite, wolle sie ihr Recht zum Nachfragen nutzen, ob die Vorschläge in ihrer Gesamtheit abgelehnt würden oder ob darunter auch solche seien, die auf die Prioritätenliste gesetzt würden.

**Thomas Birk** (Grüne) wendet ein, es sei völlig legitim, dass sich Unternehmer informierten und sich entsprechend darauf einstellten. Im Falle der IT sei dies sogar wünschenswert. Er gehe davon aus, dass bei der

Entscheidung für eines der Projekte dieses in einem rechtlich abgesicherten Verfahren erfolge. Das Projekt Standardisierung befinde sich hoffentlich bereits auf dem Weg. Bei der Kreativwirtschaft werde deutlich, dass der IT-Bereich an den Umsätzen erheblichen Anteil habe. Insofern müsse die öffentliche Verwaltung darauf achten, dass die IT-Wirtschaft auch Aufträge erhalte. Das Anliegen seiner Fraktion sei die Energieeinsparung Green IT. Das Setzen ökologischer Standards bei der Energieeinsparung sei einer der Hauptschwerpunkte des Konjunkturpakets. Könnte auch der IT-Bereich an den Schulen berücksichtigt werden?

**Kirsten Flesch** (SPD) führt aus, die Koalition sei diejenige, die sich auch aus Gründen der Stärkung der regionalen IT-Branche sehr stark dem Thema Open Source zugewandt habe, weil diese Bereiche von den kleinen und mittelständischen Unternehmen sehr gut abgedeckt würden. Bei den Projektvorschlägen gebe es überall Schnittstellen zu Projekten, die in der Servicestadt oder anderswo betrieben würden. Das K II beinhalte das Zusätzlichkeitserfordernis. In der Summe müsse es über dem Durchschnitt der letzten drei Jahre über den Investitionen liegen und dürfe nicht schon in irgendeiner Form haushaltsrechtlich abgesichert sein. Sehr viele Projekte seien bereits laufende Projekte. Gebe es überhaupt Projekte, die diesem Zusätzlichkeitserfordernis genügen?

**Staatssekretär Ulrich Freise** (SenInnSport) legt dar, dass insbesondere bezogen auf das letzte Kriterium die Meldungen immer dahin gehend überprüft werden müssten, ob sie in das Programm passten und die Anforderungen erfüllten. Weil Servicestadt mit entschiedenen Schwerpunkten im Bereich der IT-Infrastruktur tätig sei, gebe es große Mühe, IT-Projekte als zusätzlich zu deklarieren, wenn sie zumindest in dem Strategiepapier von Servicestadt Berlin angelegt seien. Einiges aus den Meldungen könnte jedoch durchaus untergebracht werden. Er vertrete eine andere Auffassung als Abg. Brauer. Die vorhandene Form des Lobbyismus sei ein Teil der demokratischen Verfasstheit. Das Gespräch mit Fachverbänden und Interessengruppierungen sei legitim und wünschenswert für die Meinungsbildung und unverzichtbar für die Fachlichkeit. Problem des Lobbyismus sei, wenn er verdeckt und nicht transparent erfolge. Davon könne hier jedoch keine Rede sein.

In Berlin gebe es eine leistungsfähige, mittelständische IT-Szene. Diese habe sich im SIBB und Amt24 zusammengetan. Diese verfolgten nicht das Partikularinteresse einer Firma und verträten den Berliner Mittelstand. Es werde gewollt, dass das ITDZ in enger Kooperation mittelstandsfördernd arbeite. Er betrachte die Unterlage von SIBB und Amt24 als einen konstruktiven Beitrag, indem Vorschläge unterbreitet würden. Der Senat und die zuständigen Stellen prüften solche Vorschläge, ob diese in die IT-Strategie des Landes Berlin hineinpassten. Im Roten Rathaus werde in Zusammenarbeit eine Veranstaltung stattfinden, in im Rahmen derer konstruktiv über IT nachgedacht werde.

**Wolfgang Brauer** (Linksfraktion) stellt klar, dass er das SIBB für eine honorige Einrichtung halte, die den Auftrag erfülle, den die Beteiligten gestellt hätten. Er habe nichts gegen die Unterbreitung von Vorschlägen und dass diese geprüft würden. Er sei jedoch wachsam, wenn dem Senat die Frage gestellt werde, welches Projekt aus der Vorschlagsliste verfolgt werden sollte. Seiner Auffassung nach, werde dabei die Grenze überschritten.

**Mieke Senftleben** (FDP) erwidert, den Senat nicht gebeten zu haben, ein bestimmtes Projekt zu verfolgen. Vielmehr habe sie nach einer Bewertung gefragt.

Der **Ausschuss** schließt die Besprechung ab.

#### **Punkt 4 der Tagesordnung**

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs

[0129](#)

Stand der Pilotverfahren für die Realisierung von freiem WLAN in Berlin  
(auf Antrag der Fraktion der Grünen)

**Stefan Ziller** (Grüne) verweist auf einen längeren Vorlauf dieses Themas. Nunmehr solle endlich das Pilotprojekt starten. Warum seien Standorte ausgewählt worden, die bislang schon eine gute Versorgung von zum Teil freien Zugängen hätten? Welchen Zeitplan gebe es für das Pilotprojekt? Wann sei mit Ergebnissen, einer Auswertung und Entscheidung zu rechnen? Wie werde der Netzzugang gewährleistet? Sei die Nutzung

neutral? Welche Sperren seien vorgesehen? Welche Möglichkeiten gebe es? Könne über SMTP eine Mail abgeschickt werden? Welche Daten würden gespeichert? Welche Hürden seien von Bürgern zu überwinden, um den Zugang zu erhalten? Welche Gespräche seien in der Zwischenzeit geführt worden? Welche Motivationen habe es gegeben, letztlich doch ein eigenes Netz aufzubauen und nicht bestehende Infrastruktur mitzunutzen? Der Senat hätte auch entscheiden können, sich als Teil des Freifunknetzes mit eigenen Hotspots zu beteiligen. Seien Gespräche mit Privaten, beispielsweise Wall, hinsichtlich einer möglichen Kooperation gesprochen worden? Seien Gespräche mit der Bundesregierung geführt worden, wie beispielsweise für Private und kleinere Initiativen, die WLAN-Zugänge zur Verfügung stellten, Rechtssicherheit geschaffen werden könne.

**Staatssekretär Ulrich Freise** (SenInnSport) erklärt, sein Interesse bestehe an einem möglichst schnellen und flächendeckenden WLAN-Zugang in dieser Stadt. Die Federführung für dieses Projekt liege in der Wirtschaftsverwaltung.

**Hans-Georg Kauert** (SenWiTechFrau) trägt vor, der Senat werde kein Netz betreiben. Vielmehr werde die Errichtung eines Netzes ermöglicht; es solle unterstützt werden, weil es auch als Wirtschaftsfaktor angesehen werde. Dabei solle ein flächendeckendes Netz mit kommunizierenden Hotspots aufgebaut werden. Dies könne erst dann eingeführt werden, wenn das Pilotvorhaben laufe. Seit Anfang letzten Jahres gebe es eine übergreifende Arbeitsgruppe. Diese habe etliche Schwierigkeiten beseitigen müssen, beispielsweise Ampelanlagen. Da diese häufig funkgesteuert würden, müssten Störungen ausgeschlossen werden. Auch die Wirkung auf das Stadtbild zu berücksichtigen. Es seien auch nicht alle von Beginn an beteiligten Firmen dabei geblieben. Derzeit seien noch zwei Unternehmen dabei.

**Michael Pemp** (SenWiTechFrau) ergänzt, die gestellten Fragen würden innerhalb des Pilotvorhabens ausgetestet und überprüft. Es werde vermutlich einen Basisdienst geben, der nicht generell offen sei und bestimmten Beschränkungen unterliege. Berlin stelle als Asset hauptsächlich die Standorte zur Verfügung. Diese seien zu bewerten. Danach würde entschieden, ob das Projekt tragfähig sei.

**Mieke Senftleben** (FDP) fragt nach, ob kein eigenes Netz betrieben würde. Gebe es ein komplett neues Netz oder Kooperationen mit bereits bestehenden privaten Anbietern? Wie würde dieses umgesetzt? Welche Kosten für das Pilotprojekt seien zu erwarten? Seien primär Touristen oder die Berliner Bevölkerung Zielgruppe? Gebe es andere Prioritäten?

**Stefan Ziller** (Grüne) stellt die Frage, wann das Pilotverfahren beginne. Wie lange dauere dieses? Welche Grundüberlegungen gebe es? Was solle mit dem Netz erreicht werden? Gebe es verwaltungsmäßige Kontakte oder Erfahrungsaustausche mit anderen Städten? Wie sei die Steuerungsrunde zusammengesetzt? Sei die Zivilgesellschaft eingebunden? Sei der Staatssekretär bereit, sich auch daran mittels ITDZ zu beteiligen, jenseits der wirtschaftlichen Bedeutung? Gebe es Interesse an einer Begleitung und Unterstützung? Sei beabsichtigt, sich für eine moderatere Regelung hinsichtlich eines offeneren WLANs beim Zugang einzusetzen? Habe es Gespräche mit der Bundesregierung gegeben?

**Mieke Senftleben** (FDP) interessieren die Nutzungskosten für den Bürger.

**Hans-Georg Kauert** (SenWiTechFrau) erläutert, es werde kein neues Netz geben und keine neue Technik aufgebaut werde. Vielmehr würden die freien WLAN-Frequenzen genutzt, die ohnehin vorhanden seien. Es gebe vielmehr ein neues ergänzendes Angebot in einem vorhandenen freien Netz. Zielgruppe sei die gesamte Bevölkerung, nicht nur Touristen. Es solle keine Konkurrenz verhindert, sondern Konkurrenz geschaffen werden. Je mehr Angebote es gebe, umso geringer wären die Kosten. Durch mehr Angebote werde es eine größere Verfügbarkeit des Netzes geben. Das Netz als solches ermögliche einen weitaus größeren Ausbau eines Wirtschaftssystems. In diesem Zusammenhang werde sich das Geschäftsmodell auch tragen.

**Michael Pemp** (SenWiTechFrau) legt dar, dass dieses Projekt schon lange in der Entwicklung sei. Er hoffe, dass in den nächsten Tagen die Nutzbarkeit der Lichtsignalanlagen geregelt werden. In den nächsten zwei Wochen solle der Start erfolgen. Die Dauer des Pilotprojekts werde mit drei Monaten eingeschätzt. Das Land Berlin sei nicht Betreiber. Vielmehr würden Investoren gesucht, die möglichst bereits Telekommunikations-

netzbetreiber seien und eine entsprechende Registrierung sowie Qualifizierung auch der Regulierungsbehörde besäßen und damit dem Projekt auch im rechtlichen Bereich Sicherheit geben könnten. Mit den Berliner Freifunkern sei in den vergangenen drei Jahren öfter gesprochen worden; es gebe großes Interesse und entsprechende direkte Kontakte mit den interessierten Unternehmen. Das solle intensiviert werden. Es gebe noch kein abgeschlossenes Bild über die Nutzung. Es gebe jedoch das Ziel der Bereitstellung einer individuellen Nutzung. Deshalb sollte – sofern es einen Regelbetrieb gäbe – ein Basisdienst definiert werden, der einen beschränkten, aber doch zweckmäßigen Zugang über WLAN-Mesh ermögliche. Denkbar wären jedoch Beschränkungen beispielsweise Übertragungsgeschwindigkeiten, die zeitliche Nutzbarkeit oder die Nutzung bestimmter Dienste. Die Kosten für das Pilotprojekt bewegten sich in einer Hunderttausender Größenordnung.

**Staatssekretär Ulrich Freise** (SenInnSport) trägt ergänzend vor, er hätte Interesse, sich einzuschalten, jedoch keine Bereitschaft. Es gebe außerordentlich kompetente Mitarbeiter, die dieses Projekt vorantrieben. Unterstützung biete er an.

**Stefan Ziller** (Grüne) fragt, ob sich die Kollegen an den Staatssekretär gewandt hätten, um Know-how abzugreifen. Wie sehe es mit den gesetzlichen Rahmenbedingungen für Nichttelekommunikationsanbieter aus, insbesondere bezüglich der Störerhaftung, der Beschränkung?

**Staatssekretär Ulrich Freise** (SenInnSport) erwidert, er sehe das Problem auch, zumal er neben IT auch für andere Bereiche zuständig sei. Aus diesen Bereichen gebe es schon Interessen, die Sicherheitsaspekte hinreichend zu würdigen. Er sehe aus seiner Sicht keine Veranlassung, an der Aufteilung eine Veränderung vorzunehmen, zumal Absprachen über die Federführung gegeben habe.

Der **Ausschuss** schließt die Besprechung ab.

### **Punkt 5 der Tagesordnung**

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs

[0123](#)

Geschäftsbericht 2007 des Landesamtes für Bürger und Ordnungsangelegenheiten  
(auf Antrag der Fraktion der Grünen)

**Thomas Birk** (Grüne) führt aus, das LABO werde stets positiv neben den Bürgerdiensten in den Bezirken genannt; es werde vorbildlich Modernisierungsarbeit gezeigt. Dem könne er sich anschließen, allerdings beziehe sich das mehr auf Projekte der Vergangenheit, insbesondere die Modernisierung des Kraftfahrzeugamtes. Vielmehr gebe es aktuell mehr Probleme, die sich vorrangig auf den Gesundheitsbereich, Gesundheitsmanagementfragen, aber teilweise auch auf den Service insbesondere beim Einwohnerwesen bezögen. Er begrüße die Transparenz, über die Themen sprechen zu können, weil ein Geschäftsbericht vorliege, der die Ziele und Leistungen miteinander vergleiche und damit Bewertungen ermögliche.

**Staatssekretär Ulrich Freise** (SenInnSport) trägt vor, er schätze das LABO als Behörde ein, die sich der Führungsinstrumente vorbildlich bediene. Das System der Transparenz bringe es mit sich, dass nicht nur Positives, sondern auch Negatives dargestellt werde, das leider häufig mehr im Fokus stehe. Es gebe auch in dieser Behörde wie überall gelegentlich oder auch längerfristig auftretende Schwachstellen. Der Bereich der Meldeauskünfte sei bereits thematisiert worden; Perspektiven für eine Verbesserung seien aufgezeigt worden. Weiterer Aspekt sei, dass ein sehr scharfer Konsolidierungskurs bezüglich des Mitteleinsatzes in allen Behörden des Landes Berlin gefahren werde. Es gebe enorme Anstrengungen, die Sparmaßnahmen auch im personellen Bereich unter gleichzeitigem Erhalt oder sogar Steigerung der Leistungen umzusetzen. Dies bedeute, dass alle Behörden mit Tarifpersonal 8 Prozent, 10 Prozent oder 12 Prozent weniger Arbeitszeit zur Verfügung hätten, um gleiche Leistungen zu erbringen. Gelegentlich habe es sogar Zusatzarbeiten gegeben. Es müsse angesichts der Haushaltsberatungen darauf geachtet werden, dass in bestimmten Behördenteilen über die weiteren notwendigen Konsolidierungsmaßnahmen hinaus keine Situation eintrete, in der nicht mehr ausreichend leistungsfähig gearbeitet werden könne. Ausfälle von Arbeitszeiten oder auch eine etwas verschlechterte Gesundheitsquote schlugen sich auf entsprechende Leistungsziele nieder.

**Dieter Wisotzky** (LABO) legt dar, vorrangiges Ziel sei immer eine hohe Zufriedenheit der Mitarbeiter gewesen, weil nur dann sehr gute Leistungen erbracht würden und der Krankenstand minimiert werden könne. Dies gelte auch für Überlegungen, wie Führungskräfte in Richtung gesundheitsorientierter Führung vorbereitet seien. Dafür habe es zweitägige Veranstaltungen an der Verwaltungsakademie mit externer fachlicher Kompetenz gegeben. Danach sei der Krankenstand um ein bis zwei Prozentpunkte gesunken. Nach zwei Jahren sei nunmehr wieder eine Steigerung des Krankenstandes festgestellt worden, ohne konkrete Gründe dafür benennen zu können. Mit anderen Mitteln des Gesundheitsmanagements sei versucht worden, die Arbeitszufriedenheit und den Gesundheitszustand der Mitarbeiter erhöhen zu können. Für alle Bereiche gebe es Gesundheitsmanager, die sich regelmäßig zu Gesprächsrunden trafen. Für die Mitarbeiter gebe es viele Angebote. Als Publikumsbehörde sei das LABO sehr von den Stelleneinsparungen betroffen. Allein von 2005 bis 2008 seien rund 30 Stellen eingespart worden. Um den Beschäftigten näher zu kommen, sei im vorherigen Jahr mit den Beschäftigtenvertretungen zum betrieblichen Eingliederungsmanagement abgeschlossen worden. Diese komme bei mehr als 42 Fehltagen pro Jahr zum Tragen, wenn die Mitarbeiter auch bereit seien, an den Ursachen mitzuwirken. Es seien Qualitätszirkel vereinbart worden, in denen Arbeitsabläufe durch andere abgelöst werden können. Der Krankenstand sei schon vor Beginn der Maßnahmen des gezielten Gesundheitsmanagements wesentlich schlechter als der Durchschnitt der Berliner Verwaltung gewesen. Derzeit liege die Quote bei etwa 10 bis 11 Prozent. Zu berücksichtigen sei, dass sich in publikumsintensiven Bereichen Grippewellen und ähnliches schnell niederschlugen. Parallel zu den Maßnahmen werde den Mitarbeitern innerhalb der Arbeitszeit die Teilnahme an Gesundheitsmaßnahmen wie Rückenschule, Massagen, Pilates- und anderen Kursen angeboten. Teilweise seien auch Kurse an Volkshochschulen zur Verbesserung des Gesundheitszustandes finanziert worden.

**Thomas Birk** (Grüne) stellt fest, dass angesichts des großen Angebots an die Symptome, nicht aber an die Ursachen gegangen werde. Die Ursache liege vermutlich in Fehlentwicklungen bei der eigentlichen Arbeit. Die Gesundheitsquote sei in Bereichen mit gutem Ruf besser, beispielsweise im Kraftfahrzeugwesen. Insbesondere beim Einwohnerwesen gebe es eine kontinuierliche Verschlechterung von 91 auf 87 Prozent Gesundheitsquote bei gleichzeitigem Anstieg der Bearbeitungszeit bei Behördenanfragen von 2006 mit 48 Tagen bis 2008 mit 107 Tagen. Dabei sei das Ziel von 30 Bearbeitungstagen bereits auf 60 Tage hochgesetzt worden. Eine ähnliche Entwicklung gebe es bei den manuellen Anfragen von 2006 mit 39 auf 73 Tage in 2008. Wie habe sich die Mitarbeiterzufriedenheit entwickelt? Wie sei der Frauenanteil bei Führungskräften? Was werde perspektivisch für eine Erhöhung des Anteils getan? Warum lägen die Stückkosten bei der allgemeinen Fahrerlaubnis deutlich über dem gesetzten Ziel?

**Mieke Senftleben** (FDP) fragt nach dem Stellenabbau. In welchen Bereichen seien die 30 Stellen gestrichen worden? Gebe es Fragen bzw. Erhebungen zum Gesundheitsmanagement unter den Mitarbeitern insbesondere zum Umgang mit technischen Neuerungen? Wie sehe es mit dem Frauenanteil aus, gebe es zu viele Frauen in Elternzeit oder einen sehr hohen Anteil an Teilzeit?

**Amt. Vorsitzender Robert Schaddach** stellt die Frage, ob möglicherweise einfach zu viel für die Mitarbeiter zu tun sei und sich daher der hohe Krankenstand ergebe? Seien vorübergehende Wochenendsonderschichten für einen Abbau eine Lösungsmöglichkeit, um den Druck abzubauen zu können?

**Scott Körber** (CDU) pflichtet der Einschätzung des Abg. Birk bei, dass hauptsächlich Symptome bekämpft würden. Allerdings sei dies ein sehr fortschrittliches Gesundheitsmanagement. Könne dieses auf andere Behörden ausgeweitet werden? Was sei unter Gesundheitsmanagern in den einzelnen Abteilungen zu verstehen? Wie viele Stunden wendeten diese wöchentlich auf? Für welche Mitarbeiter seien diese Ansprechpartner?

**Mieke Senftleben** (FDP) stellt ergänzend fest, dass Maßnahmen irgendwann auch zu einem Erfolg führen sollten. Hier gebe es sehr viele Maßnahmen, die auch Kosten verursachten. Wie werde verfahren, wenn der Erfolg ausbleibe?

**Dieter Wisotzky** (LABO) trägt vor, im LABO gebe es 45 weibliche von 83 Führungskräften. Der Frauenanteil liege mithin bei 54 Prozent. Eine Veränderung könne jedoch nur bei Freiwerden von Stellen vorgenommen werden. Die Entschädigungsbehörde sei in ihrer Arbeit rückläufig, da die Fallzahlen stetig abnähmen.

Es müsse Rücksicht darauf genommen werden, das Personal, die Struktur, die Organisation der Entschädigungsbehörde zurückzufahren. In der Abteilung II gebe es die Besonderheit des Hinzukommens neuer Aufgaben. So sei zum 1. Juni vergangenen Jahres das Standesamt I integriert worden. Besonderheit sei, dass die Aktualität des Melderegisters an verschiedenen Zeiträumen im Jahr absolute Priorität habe, beispielsweise vor dem Lohnsteuerkartendruck, vor Wahlen und anderen. Ziel sei die Automatisierung der Melderegisterauskünfte. Im Bereich der Berliner Behörden sei dies weitestgehend gelungen. Es gebe allein von 2007 zu 2008 von ursprünglich 13 auf 23 Millionen Melderegisterauskünfte. Problem seien die manuellen Auskünfte der Privaten, die stetig stiegen und die der Behörden um Berlin herum und anderer, weil diese aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht über den Internetauskunftserver für Private laufen dürften. Allerdings würden mit der DVO Meldegesetz Erleichterungen erwartet. Sonderaktionen seien möglich; die Mitarbeiter selbst seien daran interessiert und hochmotiviert. Es sei nicht zutreffend, dass Mitarbeiter krank würden, weil sie nicht motiviert seien. Seit Anfang Januar werde jeden Sonnabend jeweils fünf Stunden gearbeitet. Dort könnten Mitarbeiter der Abteilung II, aber auch der anderer Abteilungen im Bereich der Melderegisterauskünfte mitarbeiten. Die Einarbeitung sei einfach. Ende März würden voraussichtlich zumindest die Auskünfte für Private soweit abgearbeitet sein, dass der Rückstand etwa eine Woche betrage. Hinzu komme, dass in der Vergangenheit die Mitarbeiter von Melderegisterauskünften auch im Bereich der Verpflichtungserklärungen hätten helfen müssen. Sonderaktionen könnten jedoch nicht permanent durchgeführt werden. Die Erholung am Wochenende sei wichtig. Auch im Bereich der Ausländerbehörde und der Führerscheinbehörde gebe es entsprechende Maßnahmen.



### *Abt. III*

*Warum waren die Stückkosten bei der Fahrerlaubnis soviel höher als das gesetzte Ziel?*

**Dietmar Wisotzky** (LABO) führt aus, dass eine Umstellung vorgenommen worden sei. Die budgetunwirksamen Kosten seien zum Teil vorher nicht enthalten gewesen. Von den bisher sieben Produkten gebe es nur noch ein Produkt zu Fahrerlaubnis/Führerschein. Künftig werde deshalb eine größere Transparenz möglich sein. – Insgesamt habe das Produkt Fahrerlaubnis/Führerschein im Jahr 2008 vom Output her bei rund 109 000 Stück gelegen. Die Stückkosten betrügen 41,65 Euro in Richtung der Vollkosten. – Ziel sei es, künftig eine KLR zu haben, um darüber steuern zu können.

### *Abt. II*

*Wie sieht es mit der Zufriedenheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus?*

**Dietmar Wisotzky** (LABO) berichtet, dass vor anderthalb Jahren Führungsleitlinien erarbeitet worden seien. Zurzeit werde ein Führungskräftefeedback durchgeführt, dass auf der Ebene Direktor/Abteilungsleitungen mithilfe externer Moderation bereits erfolgt sei. Die auf dieser Grundlage geschlossenen Zielvereinbarungen würden nach einem Jahr auf ihre Einhaltung hin überprüft. Das Verfahren werde jetzt auf die nachfolgenden Ebenen heruntergebrochen. Mit der Behördenspitze sei begonnen worden, um größtmögliche Akzeptanz bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu erreichen. – Im Gesundheitsmanagement werde noch im Laufe des Jahres eine Mitarbeiterbefragung durchgeführt werden.

Auf die von **Mieke Senftleben** (FDP) gestellte Frage nach den 30 eingesparten Stellen könne folgendes geantwortet werden: In der Vergangenheit sei davon ausgegangen worden, dass die Stellen je nach den einzelnen Bereichen prozentual eingespart würden. Seit zwei Jahren werde nicht mehr so verfahren, die Ausländerbehörde müsse einen geringeren Anteil leisten, die Einsparpotenziale würden auf die anderen Abteilungen prozentual verlagert.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter arbeiteten bereits seit Jahren mit der Datenverarbeitung. Zwar änderten sich die Programme teilweise, aber von Frust hinsichtlich der neuen Technik könne nicht die Rede sein. Vielmehr gebe es immer wieder Verbesserungsvorschläge für eine praxisorientierte Programmierung. Um der positiven Entwicklung Rechnung tragen zu können und eine Programmierung aus der Sicht der Anwender zu ermöglichen, werde künftig in allen Bereichen die Verfahrensverantwortung von den IT-Zuständigen weg in die Fachbereiche hineingenommen werden.

Da die Behörde über zahlreiche Gebäude hinweg verteilt sei, deshalb die jeweiligen Ansprechpartner wie Personalrat, Frauenvertreterin, Sozialbetreuerin und Schwerbehindertenobmann manchmal schwer zu finden seien, gebe es vor Ort in den Abteilungen Gesundheitsmanagerinnen und -manager, die Ansprechpartner der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter seien. Ein gemeinsamer Ausschuss für Gesundheit, Arbeitssicherheit und Arbeitsschutz gewährleiste den Informationsaustausch und ermögliche Maßnahmen. Regelmäßig werde den Leiterinnen und Leitern der Organisationseinheiten berichtet.

**Staatssekretär Ulrich Freise** (SenInnSport) vertritt den Standpunkt, dass die Ausführungen gezeigt hätten, dass im LABO das Gesundheitsmanagement greife. – Auf die Frage von **Scott Körber** (CDU), ob es empfehlenswert sei, das im LABO praktizierte Gesundheitsmanagement auf alle Behörden des Landes Berlin zu übertragen, könne nur mit Ja geantwortet werden. Dabei handele es sich um eine Investition in die Leistungsfähigkeit und Motivation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

**Thomas Birk** (Grüne) stimmt dem im Prinzip zu, denn aus der für ganz Berlin getroffenen Dienstvereinbarung, zu der auch das Gesundheitsmanagement gehöre, resultiere die Verpflichtung, solche Gesundheitsmanagerinnen und -manager in allen Behörden einzusetzen. Gleichzeitig müsse jedoch am Beispiel Meldewesen konstatiert werden, dass sich bei kontinuierlich schlechter werdendem Output – was die Zeit angehe – eine Belastungserhöhung aufgrund des hohen durchschnittlichen Alters, des permanenten Abgangs durch Erreichung des Rentenalters oder des Personalabbaus einstelle. Dass sich, wie beschrieben, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu Wochenendarbeit bereit erklärten, sei bewundernswert. Der verlorene Erholungseffekt des Wochenendes führe jedoch auf Dauer zu Gesundheitsschäden und sei für alle Beteiligten eine Zumutung.



– Vor diesem Hintergrund stelle sich die Frage, ob es für die Behörden eine baldige Änderung hin zur automatisierten Auskunft gebe. Werde der Personalabbau perspektivisch so ausgeglichen, dass keine Verschlechterung der Situation eintrete?

**Staatssekretär Ulrich Freise** (SenInnSport) antwortet, dass diese Probleme bekannt seien und fokussiert würden. Die Situation im öffentlichen Dienst des Landes Berlin bereite in dieser Hinsicht seit geraumer Zeit Sorgen. Aufgrund des aus Haushaltsgründen erforderlichen Konsolidierungsprogramms hätten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes in Berlin eine enorme Belastung zu tragen. Unter diesen Rahmenbedingungen sei es schwierig, in allen Teilen der Balanced Scorecard den Level zu halten. – Im Steuerungsausschuss der Staatssekretäre sei deshalb thematisiert worden, wie der öffentliche Dienst seine immer noch vorhandene große Leistungsfähigkeit und Motivation durch Veränderungen von Rahmenbedingungen behalten und generell stabilisiert werden könne. Die Kolleginnen und Kollegen arbeiteten unter den augenblicklich schlechten Bedingungen tatsächlich bis es „quietsche“. Beispiel sei die bereits beschriebene Situation in der Beihilfe, wo zurzeit durch gemeinsames Bemühen die vorhandenen über 90 000 Altbestände abgebaut worden seien. Die Bearbeitungszeit betrage dort augenblicklich nur 20 Tage.

Mit dem Auslaufen des Solidarpakts im Jahr 2010 werde bei den Tarifbeschäftigten die bislang fehlenden 18 und 12 Prozent Arbeitszeit hinzugewonnen. In den kommenden Jahren müsse mit einer Vielzahl von Maßnahmen dafür gesorgt werden, dass sich die Altersstruktur im öffentlichen Dienst verjünge, denn, bedingt durch die fehlenden Einstellungen der letzten Zeit, gebe es eine ständig gestiegene Altersdurchschnittszahl. Flankierend zu dem vorzulegenden Haushalt werde eine Aussage zur Personal- und Stellenentwicklung erarbeitet.

Die Führungsmannschaft des LABO sei Vorbild dafür, wie sich das Führungsverständnis in der gesamten Verwaltung umstellen müsse. Die klassischen Führungspyramiden – Zuarbeit von unten nach oben – müssten auf den Kopf gestellt werden: Die Führungskräfte müssten die Unterstützer der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sein und dafür Sorge tragen, dass deren Leistungsfähigkeit erhalten bleibe.

Die DVO sei deshalb bei SenInnSport länger bearbeitet worden, weil permanent neue Vorschläge eingebracht worden seien und weitere Behörden um Aufnahme gebeten hätten. Mit Einsetzung einer neuen Abteilungsleitung sei jetzt ein Schnitt gemacht worden, die DVO sei auf dem Weg.

**Amt. Vorsitzender Robert Schaddach** stellt fest, dass es keine weiteren Wortmeldungen gebe und erklärt die Besprechung für erledigt.

#### **Punkt 6 der Tagesordnung**

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs  
Jahresbericht 2007 der Technologiestiftung Berlin (TSB)  
(auf Antrag der Fraktion der CDU)

[0096](#)

**Amt. Vorsitzender Robert Schaddach** begrüßt den Geschäftsführer der Technologiestiftung Berlin (TSB), Dr. Alfred M. Kopp, und Edith Roßbach (TSB) sowie Hans-Georg Kauert (SenWiTechFrau).

**Scott Körber** (CDU) führt aus, dass die TSB eine hervorragende und innovative Einrichtung mit zahlreichen Forschungsfeldern sei. Inwieweit werde mit der Stiftung zusammengearbeitet, und welchen Nutzen könne die Berliner Verwaltung daraus ziehen?

**Hans-Georg Kauert** (SenWiTechFrau) antwortet, dass die TSB ein Berlin-Brandenburgisches Instrument sei. Das Instrument BioTOP innerhalb der TSB SEI eine gemeinsam von Berlin und Brandenburg betriebene Initiative, die auch von beiden finanziert werde. – Eine Trennung zwischen TSB und Verwaltung existiere nicht. Die für die Innovationsstrategie benötigten Voraussetzungen würden von der TSB umgesetzt, bis hin zum Kompetenzfeldmanagement. Weiter werde die TSB vonseiten des Senats für die Fortentwicklung der Innovations- und Technologiepolitik genutzt. Mehrere Kompetenzfelder seien vorhanden: optische Techno-

logie; Verkehrstechnologie; Medizin-, Biotechnologie; IT. Zurzeit werde mit der Energietechnik ein weiteres Zukunftsfeld entwickelt. Die Inhalte würden zusammen mit der TSB erarbeitet.

**Dr. Alfred M. Kopp** (TSB) unterstreicht die auch aus der Sicht der TSB exzellente Zusammenarbeit mit SenWiTechFrau, aber auch mit anderen Verwaltungen wie SenStadt oder SenGesUmV.

**Thomas Birk** (Grüne) möchte wissen, inwieweit die TSB in die Entwicklung des Wireless Transfer Center Berlin (WTCB) eingebunden sei. – Die Zusammenarbeit mit Brandenburg sei bekanntermaßen im IT-Bereich nicht optimal. Eine gemeinsame IT-Strategie sei bis zum heutigen Tag nicht erkennbar. Wie schätze die TSB die Situation ein, und wie sähen ihre Erfahrungen aus? – Die Fraktion der Grünen sei erst kürzlich zu Besuch in Adlershof gewesen. Sei der IT-Schwerpunkt neben dem sich positiv entwickelnden Bereich Solarenergie ausbaufähig? Die Gesprächspartner in Adlershof hätten deutlich gemacht, dass man sowohl was den Wissenstransfer als auch die Ansiedlung von entsprechenden Firmen angehe, das avisierte Ziel noch nicht erreicht habe. Sei die TSB eingebunden?

**Dr. Alfred M. Kopp** (TSB) teilt mit, dass bei dem Bereich WLAN die Federführung bei SenWiTechFrau liege. Die TSB kooperiere jedoch eng. – Die Zusammenarbeit mit Brandenburg laufe in den genannten Feldern sehr gut. Gleiches gelte für die Bereiche Medizintechnik und Biotechnologie. An einer engeren Zusammenarbeit auf dem Feld der IKT werde gearbeitet. – Die TSB sei mit der Geschäftsstelle TSB Adlershof vor Ort vertreten. Zu den Firmen im Bereich der IKT bestehe eine enge Verbindung. In der Zusammenarbeit mit der TU gebe es noch beträchtliche Potenziale, die noch stärker profiliert werden könnten, um den Standort Berlin im Kontext IKT weiter nach vorn zu bringen.

**Hans-Georg Kauert** (SenWiTechFrau) betont, dass eine Optimierung, gleich in welchem Gebiet, vorstellbar und wünschenswert sei. – Die Zusammenarbeit mit dem Land Brandenburg sei auf dem Feld der Kompetenzfeldentwicklung besser als in fast allen Regionen der Bundesrepublik. Eine Abstimmung der Maßnahmen erfolge.

**Thomas Birk** (Grüne) regt an, das in Berlin im Bereich IKT an unterschiedlichen Stellen vorhandene IKT-Know-how noch besser mit der öffentlichen Verwaltung zu vernetzen. Die zweifellos vorhandenen Potenziale der IT-Landschaft, mit denen Berlin weltweit reüssieren könne, seien seiner – Redner – Einschätzung nach bei weitem noch nicht ausgeschöpft. – Wie sehe die Rolle der TSB in diesem Zusammenhang aus? Sei es vorstellbar, dass sie zusammen mit Partnern ein stärker zielgerichtetes Netzwerk bilde, um die IT-Landschaft sowohl auf dem privaten Sektor als auch in Verbindung mit der öffentlichen Hand voranzubringen?

**Dr. Alfred M. Kopp** (TSB) stimmt zu, dass es zum einen beträchtliche Potenziale innerhalb der Kreativwirtschaft gebe und sie zum anderen bei weitem noch nicht ausgeschöpft seien. Die TSB weise ausgewählte Schwerpunktthemen auf, in denen sie zur Profilbildung beitrage.

**Amt. Vorsitzender Robert Schaddach** sieht keine weiteren Wortmeldungen und erklärt die Besprechung für erledigt.

### **Punkt 7 der Tagesordnung**

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.